

IN ALLER KÜRZE

**Geflüchtete im Altenheim**

Nach mehrjährigem Leerstand ist das ehemalige Altenheim an der Kapitän-Dallmann-Straße in Blumenthal nun ein Übergangswohnheim und bietet Platz für 120 Geflüchtete. Die Zimmer sind überwiegend für vier Personen vorgesehen, einige auch für zwei. Alle Zimmer haben eigene Sanitäranlagen, gekocht wird in Gemeinschaftsküchen. Die Betreuung durch „Die Johanniter“ ist mit knapp drei Vollzeitstellen abgesichert, nachmitt-

tags, nachts und am Wochenende sind Sicherheitskräfte vor Ort. (taz)

**Tödlicher Ehestreit**

Einen 39 Jahre alten Mann hat die Polizei in der Grohner Dühne festgenommen. Ihm wird vorgeworfen, seine schwangere 40-jährige Frau getötet zu haben. Die Nachbarn verständigten die Rettungskräfte, doch die Frau verstarb noch in der Wohnung. Die Mordkommission ermittelt. (taz)

LESERINNENBRIEFE

**taz bremen | Pieperstr. 7 | 28195 Bremen | briefe@taz-bremen.de | www.taz.de**

Die Redaktion behält sich Abdruck und Kürzen von Leserbriefen vor. Die veröffentlichten Briefe geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Ausgesprochen aggressiv

**„Wir bereiten keinen Krieg vor“, taz.bremen vom 9. 1. 17**

Professor Eichwede hält die Nato offenbar für ein Verteidigungsbündnis und kommentiert die Verlegung einer US-amerikanischen Brigade via Bremerhaven nach Polen mit dem Hinweis: „Wir bereiten keinen Krieg vor“. Das kann man so sehen, wenn man den Begriff der Verteidigung so extensiv auslegt wie der damalige Verteidigungsminister Peter Struck, der allen Ernstes die Auffassung vertrat, die Bundeswehr verteidige am Hindukusch die Freiheit der Republik. Jeder unvoreingenommene Betrachter wird die Politik der Nato und die führende Nato-Staaten als ausgesprochen aggressiv einschätzen. Als US-Präsident George W. Bush 2003 seiner Armee den Befehl zum Überfall auf den Irak gab, assistierte ihm eine „Koalition der Willigen“, zu der leider auch viele osteuropäische Staaten gehörten: Estland, Lettland, Litauen, Polen, Rumänien, die Slowakei, die Tschechische Republik, Ungarn und die Ukraine. Begründung für diesen Angriffskrieg waren postfaktische, d.h. erfundene Berichte der US-Geheimdienste über angebliche Massenvernichtungswaffen in der Hand Saddam Husseins. Ohne selbst bedroht zu sein, halfen somit auch die kleinen baltischen Staaten dem US-Präsidenten, Hunderttausende von Menschen umzubringen und den Nahen Osten nachhaltig zu destabilisieren, und sie förderten damit den internationalen Terrorismus. Das Säbelrassel der Nato macht die notwendige Normalisierung der Beziehungen zwischen Deutschland und Russland nicht einfacher. Es ist zu hoffen, dass der neue US-Präsident Donald Trump eine vernünftigere und friedvollere Politik gegenüber Russland vertreten wird als seine Vorgänger Bush und Obama. WALTER RUFFLER, Bremen



Schengen für uns, Zäune für Afrika

Europa mauert seinen Nachbarkontinent faktisch ein. Flüchtlinge und Migranten werden zukünftig bereits in Afrika gestoppt. Europäische Gelder fließen an Afrikas Autokraten, damit sie ihre Grenzen dicht machen, ihre Bürger von uns fernhalten und ihre Flüchtlinge zurücknehmen. Fünf Monate lang haben 24 JournalistInnen und WissenschaftlerInnen in 21 Ländern dazu recherchiert.

**Über das Ergebnis diskutieren:**  
**Christian Jakob**, taz Redaktion  
**Nina Schwarz**, Netzwerk kritische Grenzregimeforschung  
**Riad Ben Ammar**, Aktivist und Schauspieler

Dienstag, 17. Januar, 19 Uhr  
**KiOto im Kulturzentrum im Lagerhaus**,  
Schildstraße 12–19, 28203 Bremen  
Eintritt frei

# Büro statt Gedenkort

**SCHIKANE PROMENADE** Wo sich früher die Juden für die Zwangsarbeit melden mussten, sollen bald Menschen leben und arbeiten. Dagegen gibt es Widerstand

von KAROLINA MEYER-SCHULZ

Ein Bremer Investor kauft in Berlin ein Haus, saniert es und wandelt die Altbau-Immobilie in Wohnungen und Gewerbeflächen um: So weit, so normal. Aber dieses Haus, das die Firma Brune & Company sich da im Berliner Stadtteil Kreuzberg ausgesucht und im Frühjahr 2015 gekauft hat, ist nicht normal. Das einstöckige neobarocke Gebäude, 1906 als Verbandshaus für die Fuhrwerks-Genossenschaft erbaut, diente zwischen 1938 und 1945 als „Zentrale Dienststelle für Juden“ – eine Außenstelle des Berliner Arbeitsamtes.

Etwa 26.000 Juden mussten sich hier für den Einsatz zur Zwangsarbeit registrieren lassen. Die Dienststelle arbeitete eng mit der Gestapo zusammen, die Deportationen wurden auf den Arbeitseinsatz abgestimmt – die Produktion in den Betrieben sollte nicht beeinträchtigt werden. Weil sich Anwohner über die vielen Wartenden vor dem Gebäude beschwerten, wurden schließlich zwei Parkbänke gelb gestrichen – hier durften sich die Juden setzen, während die anderen Bänke der „Arier“ vorbehalten blieben. Aus der klangvollen Adresslage „Fontanepromenade“ wurde schließlich im Volksmund „Schikanepromenade“.

Nach dem Krieg wurde das Gebäude von den Besatzungsmächten der evangelischen Kirche zugeschlagen, die es wiederum den Mormonen überließ. Die nutzten das Gebäude bis 2011 als Kirche. Seitdem stand es leer. Eine Stadtteilinitiative nahm sich der Geschichte des Gebäudes an und installierte schließlich eine Stele, die über die dunkle Vergangenheit des Ortes informiert.

Dass nun in dem historischen und unter Denkmalschutz stehenden Gebäude Büroräume und Wohnungen geschaffen werden sollen, passt vielen nicht: Gegen



Eine Adresse mit dunkler Geschichte: Fontanepromenade 17, Berlin Foto: Kappa Photo

den Umbau durch den Bremer Investor hat sich eine Bürgerinitiative „Gedenkort Fontanepromenade 15“ formiert.

Die Mitglieder fordern einen sofortigen Baustopp. „Das ist unsere Maximalforderung“, sagt Lothar Eberhardt von der Bürgerinitiative, „wir wollen das durchsetzen.“ Das Gebäude müsste als Gedenkort nicht nur markiert werden, sondern auch erfahrbar sein, so Eberhardt weiter. Allzu große rechtliche Handhabe haben sie allerdings nicht: Für den Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg gibt es keinen Grund, die erteilte Baugenehmigung rückzunehmen. Eberhardt fordert eine öffentliche Diskussion, „um ein würdiges Gedenken zu realisieren“, sagt aber auch: „Das geht jetzt nur noch mit dem Eigentümer zusammen.“ Die Bürgerinitiative hat sich mit einem Brief an die Bremer Firma Brune & Company gewandt, eine Antwort haben sie noch nicht erhalten.

Prominente Unterstützung erhält die Bürgerinitiative inzwischen von Inge Deutschkron: Die deutsch-israelische Journalistin und Überlebende des Holocaust musste sich 1941 selbst

in der Fontanepromenade 15 zum Einsatz in der Zwangsarbeit bei der IG Farben melden.

In einem offenen Brief an den Berliner Kultursenator Klaus Lederer und die Bezirksbürgermeisterin von Friedrichshain-Kreuzberg Monika Herrmann schreibt die inzwischen 94-Jährige: „Damit bin ich eine von vielen tausend Berliner Jüdinnen und Juden, für die dieser Ort der Ausgangspunkt unsäglichen Leidens geworden ist.“ Sie appelliert an die Adressaten, sich dafür einzusetzen, „dass dieses Gebäude eine Nutzung erfährt, die seiner historischen Bedeutung gerecht wird.“

Der Bremer Investor zeigt sich indes gesprächsbereit: „Wir wollen uns der Geschichte nicht entziehen“, sagt Architekt Marc Brune der taz. Das Vestibül etwa solle ohnehin ein öffentlicher Ort sein, und auch die Wettbewerbe vor dem Gebäude soll beibehal-

**Die Bürgerinitiative fordert einen sofortigen Baustopp**

ten werden. Ihm ist besonders wichtig, dass die Fontanepromenade 15 kein Spekulationsobjekt sein soll: „Es wird nicht saniert und weiterverkauft, sondern wir nutzen einen Teil des Gebäudes selbst.“ So soll sein seit Jahren in Berlin bestehendes Architekturbüro dort einziehen.

Wichtig sei ihm gewesen, so Brune, „dass das Gebäude nicht ursprünglich zu dem Zweck erbaut wurde, Juden zu drangsalierten. Gebäude, die eine solch schreckliche Zwischenutzung erfahren haben, gibt es in Berlin viele.“ Er habe vorab in seinem Projektentwicklungsteam, in dem auch ein jüdischer Mitarbeiter arbeitet, diskutiert, ob jemand moralische Bedenken gegen das Projekt habe – er sei sich der Verantwortung bewusst.

Im Hinblick auf die Bürgerinitiative sagte Brune: „Sollten sich Interessengruppen, Vereine oder auch jüdische Gemeinden dafür interessieren, einen Teil des Gebäudes als Gedenkort zu nutzen und dafür zu einem ortsüblichen Mietzins zu mieten, würden wir uns dem nicht verschließen.“ Mit der Bürgerinitiative will er sich in der kommenden Woche zusammensetzen.

# Immer mehr Frauen ohne Obdach

**ARMUT** Die Zahl der Wohnunglosen in Bremen ist seit 2011 um 59 Prozent gestiegen. Das geht aus einer Antwort des Senats auf eine kleine Anfrage der Linkenfraktion hervor. Claudia Bernhard, wohnungspolitische Sprecherin der Linkenfraktion findet diese Entwicklung „erschreckend“.

Im vergangenen Jahr hat die Zentrale Fachstelle Wohnen insgesamt 1.663 wohnungslose Personen untergebracht. Knapp ein Viertel davon waren Frauen. Vor sechs Jahren stellten sie noch ein Fünftel Prozent der 1.046 Wohnunglosen. Die Linke vermutet, dass auch die Dunkelziffer gestiegen ist.

In Bremen sind Notunterkünfte für 141 Menschen verfügbar. Ergänzt werden diese durch Übernachtungsmöglichkeiten in sechs Hotels sowie durch fünf Wohnungen für Familien. Laut

Senat sind die Notunterkünfte derzeit fast vollständig ausgelastet. Bei Bedarf könne aufgestockt werden.

Da eigener Wohnraum am günstigsten ist, will der Senat betroffenen Menschen eigene Wohnungen vermitteln. Helfen soll die Wohnraumförderung: 2016 seien so 69 Wohnungen entstanden, für dieses Jahr werden 51 erwartet. Für Bernhard ist klar: „Das deckt nicht den Bedarf an Sozialwohnungen.“ Das Problem werde verwaltet, aber nicht bekämpft. Die baupolitische Sprecherin der CDU, Silvia Neumeyer, sagt: „Der Senat ist beim Wohnungsbau weit hinter seinen eigenen Zielen zurückgeblieben.“ Beide Parteien fordern bessere Präventionsangebote.

Laut Matthias Koch, Sprecher der SPD-Bürgerschaftsfraktion,

hat Bremen ein „ausdifferenziertes System“ um Wohnunglosigkeit vorzubeugen. „Die Koalition handelt“, sagt Koch und verweist auf die Wohnförderung.

Demnach müssen bei jedem neuen Bauprojekt mindestens 25 Prozent Sozialwohnungen entstehen. Der Grüne Bausenator Joachim Lohse entgegnet der Kritik der Linken: „Eben darum arbeiten wir bereits am vierten Förderprogramm.“ Und es sei zu beachten, dass bestehende Sozialwohnungen nicht vom Markt verschwinden, nur weil die Sozialbindung ausläuft. Manfred Meyer, Geschäftsführer des Diakonischen Werks in Bremen kritisiert dagegen die bremische Wohnungspolitik: „Das notwendige Tempo bei der Umsetzung ist noch immer nicht erreicht.“

LUKAS THÖLE